

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 9 88 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 84



## Inhalt

Cornelia Sonntag MdB zur Notwendigkeit, die Medien in den neuen Ländern der ehemaligen DDR nicht abrupt dem Kommerz auszusetzen: Schonfrist für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Seite 1

Horst Sielaff MdB zur Erklärung des DDR-Kirchenbundes gegen eine strafrechtliche Regelung des Schwangerschaftsabbruches: Ein richtiges Wort zur richtigen Zeit.

Seite 3

Adolf Salzer zur Haltung Wallmanns gegenüber einer schwarz-braunen Kumpanei im Hessischen: Wie die NPD salonfähig wird.

Seite 4

**Dokumentation**  
Das Bundesbauministerium hatte jahrelang behauptet, die Wohnungsgemeinnützigkeit zu stärken - tatsächlich wurde sie ersatzlos gestrichen. Im Lichte dieser Geschichte eines Rückzuges sind auch die jüngsten Äußerungen der Bundesbauministerin Hasselfeldt zu sehen.

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

45. Jahrgang / 170

5. September 1990

### Schonfrist für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Zur Notwendigkeit, die Medien in den neuen Ländern der ehemaligen DDR nicht abrupt dem Kommerz auszusetzen

Von Cornelia Sonntag MdB

Mitglied im Innenausschuß des Deutschen Bundestages  
Mitglied der SPD-Medienkommission

Stellschilder im bekannten Rot-Weiß kündigen davon, daß "Bild" nun auch in Leipzig, Schwerin und Cottbus als "größte deutsche Tageszeitung" gelten darf. An Kiosken stapeln sich buntbedruckte Magazine westlicher Herkunft. Und DDR-Sender wie "Antenne Brandenburg" und "Sachsen Radio", Jingle-durchwirkt und vom Stil "lockiger" Moderation durchdrungen, klingen dem Sound bundesdeutscher Service-Welle im Hörfunk täuschend ähnlich.

In stürmischen Tempo wandelt sich die Medienlandschaft in der Nach-DDR. Der Vormarsch der großen Verlage vollzieht sich rasch und - so scheint es jedenfalls - fast reibungslos. Nur gelegentlich kommt zaghafte Gegenwehr: von ein paar kritischen Geistern, von Journalisten und Gewerkschaften, die für ihre Arbeitsplätze kämpfen und vor neuen Monopol-Bildungen warnen.

Manches, was sich dort abspielt, ist unumgänglich und wohl auch richtig: technologischer Transfer zwischen Ost und West beispielsweise, Kooperationsverträge zwischen potenten bundesdeutschen Verlagen und den wirtschaftlich schwächeren Zeitungen der DDR, die ohne solche Stütze kaum überleben können. Andere Entwicklungen aber müssen gesteuert, vielleicht gar gestoppt werden. Schließlich haben wir es mit einem höchst sensiblen Bereich zu tun, der das alleinige Diktat des Marktes nicht verträgt. Es geht um das "Produkt" Information und Meinung, nicht um ein x-beliebiges Waschmittel.

Daß die Printmedien in einigen Deutschland allesamt privatwirtschaftlich strukturiert sein werden, ist außer Zweifel. Anders aber verhält es sich mit dem Rundfunk. Hier besteht keinerlei Notwendigkeit, öffentlich-rechtliche Anstalten sofort in den Konkurrenzkampf mit privaten Betreibern zu schicken, also: postwendend jenes "duale" Prinzip einzuführen, das in der Bundesrepublik ja erst seit wenigen Jahren besteht. Ich plädiere vielmehr für eine gehörige Zeitspanne, in der sich öffentlich-rechtliche Hörfunk- und Fernsehprogramme etablieren und entfalten können.



Nach dem 14. Oktober, wenn die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen gebildet sind, wird auch die Rundfunkhoheit den neuen Ländern unterliegen. Sie haben dann über die Einrichtung von Landesrundfunkanstalten zu entscheiden. Wieviele das sein werden - darüber dürfte noch hitzig diskutiert werden. Fünf bis sechs völlig selbständige Sender analog zu den Ländern werden kaum existieren können, dazu ist die Basis zu schmal. Freilich dürfte es einen starken Chor von Befürwortern dafür geben, weil viele das neue Gefühl regionaler Identität und Eigenständigkeit voll auskosten wollen. Und ganz gewiß werden die frischgebackenen Ministerpräsidenten - egal, welcher politischer Couleur - von ihrer Medienkompetenz eifrig Gebrauch machen wollen. Dennoch: finanzielle Gesichtspunkte sprechen am ehesten dafür, daß es zwei Rundfunkanstalten geben wird - eine für den nördlichen, eine für den südlichen Raum -, und daß sich die landesmannschaftlichen Eigenarten und speziellen regionalen Probleme in Fenster-Programmen wiederfinden.

Außer Zweifel steht, daß sich die künftigen Rundfunkanstalten der (dann ehemaligen) DDR als zusätzliche Mitglieder der ARD anschließen. Das sehen nämlich die Regularien vor. Jede deutsche Rundfunkanstalt kann der ARD beitreten, sofern sie die gleichen Strukturen aufweist. Der öffentlich-rechtliche Programmauftrag verpflichtet die Sender, ihren Hörern und Zuschauern Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anzubieten und dabei sowohl auf die breiten Massen als auch die besonderen Belange von Minderheiten Rücksicht zu nehmen. "Interessentreu" sollen die Rundfunkanstalten arbeiten, und das Recht auf Gebührenfinanzierung hilft ihnen, ihren Auftrag zu erfüllen. So simpel sind sie, die Grundsätze des öffentlich-rechtlichen Prinzips - auch wenn den Sendern längst die Werbung als zusätzliche Quelle dienen muß und einem der Begriff "Interessentreu" mittlerweile schwer von den Lippen geht.

Immerhin darf ja wohl der revolutionäre deutsch-deutsche Umgestaltungsprozeß den Anlaß dafür liefern, die Ursprungsidee neu zu beleben!

Erinnern wir uns: Als Forum freier Meinungsbildung, als Säule der jungen Demokratie war der öffentlich-rechtliche Rundfunk nachdem Zweiten Weltkrieg erdacht und konzipiert worden. Weder dem Staat noch dem Profit sollte er dienen, sondern der Allgemeinheit, die mit ihren Gebühren seine Existenz sicherte. Ein überzeugendes Konzept, um das uns viele andere Länder beneiden haben. Was Parteiproporz, ungehemmte staatliche Zugriffsversuche, Verkrustungen und ein aufgeblähter Verwaltungsapparat im Laufe der Jahrzehnte angerichtet haben, sagt manches über die Verwerfungen deutscher Nachkriegsgeschichte, - aber nichts gegen die Schlüssigkeit und Überzeugungskraft des Systems, wie es ursprünglich gedacht war.

Wenn wir eine Chance zur Rückbesinnung auf diese Idee haben, dann jetzt. Wenn es einen Anlaß zu Korrekturen gibt - dann im Zuge der Neuordnung unserer Medienlandschaft, im Zuge der deutschen Einigung. "Redet doch mal nicht nur über die vielen Dinge, die sich in der Bundesrepublik auch so gut bewährt haben", meinte dieser Tage die Sprecherin der Gewerkschaft Kunst, Kultur, Medien in der DDR, "redet doch auch mal über Gerümpel - und wie man es wegschaffen könnte." Am besten gelingt das wohl aus dem Impetus derjenigen, die Neues beginnen und ihren Ehrgeiz darin setzen könnten, die Schwächen des heutigen bundesdeutschen Rundfunkwesens eben nicht zu kopieren. Also: Staatsferne wirklich zu praktizieren, Barrieren gegen den Parteeinfluß auszurichten, glaubwürdige und variable Definitionen für die Entsendung der gesellschaftlich relevanten Gruppen in die Aufsichtsgremien zu finden - und den freien, unbequemen Journalismus zu fördern!

Eine schwierige, vielleicht sogar undankbare Aufgabe für Politiker, aber eine unerhörte Chance für alle, die sich vom Journalismus mehr erwarten als ein braves Transportmittel der eigenen Positionen.

Können die vielen Mitarbeiter der bisherigen DDR-Medien, die ihre Profession als Agitation verstanden haben, jene andere, ungebundene Art des Journalismus lernen? Sicherlich nicht alle. Manche aber wohl doch. Auf jeden Fall brauchen sie dazu Zeit und Ermunterung. Genau diese Zeit, die viele andere bei dem hastigen Weg ins einige Deutschland in anderen Bereichen genauso dringend brauchten. Hier immerhin, beim Aufbau von Rundfunkanstalten und beim Ausarbeiten von Landesrundfunkgesetzen, kann Politik noch gestaltet werden.

Auch die Rechtsprechung steht dem nicht im Wege. Im Gegenteil: Das Bundesverfassungsgericht hat den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Bestand und Weiterentwicklung garantiert, weil sie - und nur sie! - für die Grundversorgung der Bevölkerung mit Radio- und Fernsehprogramme zuständig sind. Daneben kann es private Anbieter geben, sagt das Gericht. Das muß also in der ehemaligen DDR nicht gleich so sein. Gottgewollt ist das rivalisierende Nebeneinander privater und öffentlich-rechtlicher Sender durchaus nicht - auch wenn uns das viele Leute weismachen wollen.

Ich weiß sehr wohl, daß man es sich zu einfach macht, wenn man private Sender stets als selchte Dudel-Wellen, öffentlich-rechtliche dagegen als ambitioniert bis schwerfällig einstuft. Das sind Klischeevorstellungen von gestern. Öffentlich-rechtliche Anstalten in der Bundesrepublik haben sich beim Aufkommen privater Konkurrenz zumindest auf ihren populären Wellen in oft übertriebener Eifertigkeit auf Stil und Sound der neuen Rivalen eingestellt und ihren Informations-Anteil auf den jetzt schon vielfach gängigen Häppchen-Journalismus zurückgestuft, der angeblich dem Publikum gerade noch zumutbar sein soll, ehe der nächste Pop-Titel folgt. Warum sollte das in der Noch-DDR anders sein?

Aber gerade deshalb hat das öffentlich-rechtliche System eine Schonzeit verdient. Es soll sich ja erst entwickeln, soll jene freie Aussprache fördern, auf die die Menschen so lange verzichten mußten. Das Artikulationsbedürfnis ist groß, das Interesse am Diskutieren, Nachfragen; Hinterhaken ebenfalls - bei Journalisten genauso wie bei den Konsumenten der Programme. Bahnen wir diesem Drang doch eine Gasse - und ersparen wir den neuen Medien-Machern, sich sofort unter die Knute des Konkurrenzgerangels zu begeben!

Noch konzentriert sich die Diskussion um die neue Medienlandschaft im östlichen Teil unseres "einig Vaterlandes" auf die Frage, wieviele Sender es geben könnte, wer mit wem kooperieren, wer wen verdrängen könnte. Oder wie es um ein gemeinsames drittes Fernsehprogramm, wie um ein nationales Hörfunkprogramm steht, eine Aufgabe, die der Deutschlandfunk - ob als Hörfunk-Standbein des ZDF, ob der ARD angeschlossen - übernehmen könnte. Alles interessante Themen, aber es wäre jammerschade, wenn wir darüber vergäßen, die Ursprungs-Idee des öffentlich-rechtlichen Systems wiederzubeleben. Zumal wir diese Rückbesinnung auch in bundesdeutschen Landen bitter nötig hätten, um die ARD zu reformieren.

(-/5. September 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Ein richtiges Wort zur richtigen Zeit

**Zur Erklärung des DDR-Kirchenbundes gegen eine strafrechtliche Regelung des Schwangerschaftsabbruches**

**Von Horst Sieslaff MdB**

**Mitglied des Bundestags-Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen**

Unabhängig von der persönlichen Haltung zum Schwangerschaftsabbruch liegt es doch auf der Hand, daß eine strafrechtliche Verfolgung von Frauen, die abtreiben lassen, ihrer Konflikttiefe nicht gerecht wird - wie es auch der DDR-Kirchenbund formuliert. Die Untauglichkeit der Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt: die Zahl der Abbrüche ist nicht zurückgegangen.

Leider können wir überhaupt nicht davon reden, daß Kinder heute in eine Welt geboren werden, die ihnen gerecht wird. Die Hauptlast, mit dieser kinderfeindlichen Welt fertig zu werden tragen immer noch die Frauen. Wie oft sind ganz eingeschränkte Lebensweise und Isolation das Los alleinerziehender Mütter. Leben muß gewollt sein, und das heißt für mich auch, zu akzeptieren, wenn eine Frau in verzweifelter Lage entscheidet, ein Kind nicht zu bekommen. Wer Leben schützen will, wird es nur mit dem Willen der Frau können, nicht gegen sie.

Erleichtert kann man sein, daß das unsägliche "Tatortprinzip" durch das beherzte, parteiübergreifende Auftreten von Frauen aus SPD, FDP und den Grünen vom Tisch ist. Zu hoffen ist, daß auch dieses schreckliche Wort bald verschwindet. Die Tatsache, daß den Frauen die "Tatortentscheidung" der Männer von Männern regelrecht verkündet wurde, ist ein politischer Stil, den ich überwunden geglaubt habe und der überdies persönlich peinlich ist.

(-/5. September 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Wie die NPD salonfähig wird**

**Zur Haltung Wallmanns gegenüber einer schwarz-braunen Kumpaneel im Hessischen**

**Von Adolf Salzer**

**Sprecher der SPD-Hessen-Süd**

"Wir Wölfersheimer Bürger/innen möchten allen ausländischen Mitbürgern/innen unser Bedauern über das Wahlverhalten in der Gemeinde Wölfersheim aussprechen" - mit dieser in mehreren Zeitungen erschienenen Anzeige reagierten 200 Frauen und Männer in Wölfersheim auf den Schock vom 12. März 1989. Auf 17,5 Prozent war die NPD bei den Kommunalwahlen in der Bergarbeitergemeinde im hessischen Wetteraukreis gekommen. Doch auch dieses klare Wort besorgter Demokraten konnte nicht verhindern, daß ihre Gemeinde weiter in einem Atemzug mit den Rechtsextremen genannt wurde. Bundesweit Schlagzeilen machte bald eine Allianz aus CDU, NPD und FWG, und jetzt, am 23. September, wird Wölfersheim auch noch dadurch zu peinlichem Ruhm kommen, daß es Schauplatz eines NPD-Landesparteitags sein wird.

Möglich gemacht haben dies CDU und FWG im Gemeindevorstand, die laut Bürgermeister Herbert Bommersheim (FWG) "keine juristische Chance" gesehen haben, den Rechtsextremen die Wettertalhalle zu verweigern - im Gegensatz zu den Sozialdemokraten. Die konnten unter anderem auf einen Gemeindevertreterbeschuß von 1982 verweisen, nach dem der NPD die Benutzung gemeindeeigener Räume zu verwehren war. Bommersheims Vorgänger, der Sozialdemokrat Hugo Fröhlich, hatte diesen Parlamentsbeschuß immer wieder umzusetzen gewußt.

Offenbar bekommen nun aber die Rechtsextremen die gemeinsam mit CDU und "Freien Wählern" getragenen Personalentscheidungen honoriert.

Begonnen hatte die schwarz-braune Kumpaneel damit, daß die CDU zusammen mit der NPD und der FWG für eine Änderung der Hauptsatzung stimmte, um so den Rechtsextremen zu Sitz und Stimme im Gemeindevorstand zu verhelfen. Man solle den Wählerwillen respektieren und die NPD nicht aus den Gremien heraushalten, lautete die Begründung des CDU-Vorsitzenden Alfred Wolf. Jetzt sitzen ein NPD-Mann, zwei Christdemokraten, drei FWG-Vertreter und drei Sozialdemokraten im Gemeindevorstand.

Die CDU/NPD/FWG-Kooperation funktionierte dann auch am 4. Dezember, bei der Wahl des FWG-Kandidaten Bommersheim zum Bürgermeister - was nun selbst der CDU-nahen "FAZ" Unbehagen bereitete: "Es bedarf kaum Phantasie, um sich auszumalen, wie argwöhnische Beobachter im Ausland auf die Nachricht reagieren, daß wenige Monate vor der fünfzigsten Wiederkehr des Kriegsausbruchs Mitglieder einer Partei, die in Bonn Reglerungsverantwortung trägt, mit der NPD an einem Strang ziehen."

Der hessische CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Walter Wallmann, sah sich zu einer öffentlichen Distanzierung gezwungen. Er und der CDU-Kreisverband drohten den Wölfersheimer Parteifreunden für den Fall einer Fortsetzung der Stimmgemeinschaft mit dem Parteiausschluß - ein Bluff, wie sich bereits 16 Tage später herausstellte. Jetzt wählte die CDU zusammen mit NPD und FWG einen Schiedsmann, und Wallmann schwieg. Die Wölfersheimer Christdemokraten hatten ihren Freibrief, den sie prompt nutzten, als es darum ging, der NPD die Wettertalhalle zu überfassen.

Die Befürchtung, daß die Rechtsextremen in Wölfersheim "endgültig salonfähig" werden könnten, hat sich nach Ansicht des SPD-Unterbezirksvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Gerhard Becker als begründet erwiesen. Für die südhessische SPD-Bezirksvorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zaul hat Wallmann "den letzten Rest an Glaubwürdigkeit verspielt, wenn er nicht umgehend bei seinen Freunden in Wölfersheim Ordnung schafft". Die mit Hilfe der CDU zustande gekommene Entscheidung, die NPD einen Parteitag in Wölfersheim veranstalten zu lassen, sei ein Skandal. Sie desavouiere Wallmanns öffentliche Abgrenzung von den Rechtsextremen ebenso wie beispielsweise die Zusammenarbeit von CDU und NPD bei der Bürgermeisterwahl in Bad Hersfeld im Herbst 1989.

Die Bezirksvorsitzende erinnerte im übrigen daran, daß das Verwaltungsgericht Frankfurt am 14.11.1985 einen Antrag der NPD auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung zur Überlassung städtischer Räume abgelehnt hat. Begründet hat das Gericht dieses Nein mit Anhaltspunkten dafür, daß die Tätigkeit der NPD als Erneuerung der verbotenen NS-Aktivitäten anzusehen sei.

(-/5. September 1990/rs/tr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Die Geschichte eines Rückzugs**

**Wie das Bundesbauministerium mit der Wohnungsgemeinnützigkeit umging**

Jahrelang hatte das Bundesbauministerium versprochen, die Wohnungsgemeinnützigkeit beizubehalten und zu stärken. Tatsächlich wurde sie zum 1. Januar 1990 ersatzlos abgeschafft. Jüngste Äußerungen der Bauministerin, Frau Hasselfeldt zum allgemeinen Mietrecht sind Anlaß diese Geschichte eines Rückzugs in Erinnerung zu bringen.

#### **Pressemittellung Bundesbauministerium vom 3. Dezember 1985:**

"Bundesbauminister Dr. Oscar Schneider hat heute in Aachen darauf hingewiesen, daß man an einer Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts nicht vorbeikomme, wenn die gemeinnützige Wohnungswirtschaft als Instrument der Wohnungspolitik erhalten bleiben soll".

"Niemand denke daran, die gemeinnützige Wohnungswirtschaft zu zerschlagen".

#### **Pressemittellung Bundesbauministerium vom 12. Juni 1986:**

"Zu den vorrangigen wohnungspolitischen Aufgaben der nächsten (!) Legislaturperiode gehören nach Ansicht von Bundesbauminister Dr. Oscar Schneider die Erneuerung des wohnungsgemeinnützigkeitsrechts und die Überprüfung des Berechnungsrechts im sozialen Wohnungsbau."

"Der in den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen vorhandene Sachverstand und Leistungswille für die Wohnungspolitik sei ein wertvolles Kapital, das man nicht aufs Spiel setzen dürfe."

#### **Pressemittellung Bundesbauministerium vom 27. März 1987:**

"Bundesbauminister Dr. Oscar Schneider hat heute in Nürnberg auf die Notwendigkeit der Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes in dieser Legislaturperiode hingewiesen. Anlässlich einer Festveranstaltung zum 75jährigen Bestehen der Baugenossenschaft 'Selbsthilfe' in Nürnberg unterstrich der Minister, daß die Wohnungsgemeinnützigkeit zukunftsorientiert auf die Erfordernisse des Wohnungsmarktes ausgerichtet werden müsse."

#### **Pressemittellung Bundesbauministerium vom 15. Mai 1987:**

"Im Zuge der Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes, so der Minister weiter, müsse der soziale Auftrag der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft verdeutlicht werden."

**Pressemittellung Bundesbauministerium vom 7. September 1987:**

"Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Jürgen Echemach, hat sich heute in Grönitz für eine Beibehaltung der Steuerbefreiung für gemeinnützige Wohnungsunternehmen mit der Voraussetzung ausgesprochen, daß die Wohnungsgemeinnützigkeit als wesentliches Element einer sozialen Wohnungsmarktwirtschaft wirksamer gestärkt und gestärkt werden."

**Pressemittellung Bundesbauministerium vom 6. Oktober 1987:**

"Die Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts ist nach Ansicht von Bundesbauminister Dr. Oscar Schneider eine der vordringlichen Aufgaben der kommenden Legislaturperiode."

Am 22. März 1988 hat das Bundeskabinett die Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes beschlossen. Ab 1. Januar 1990 ist es ersatzlos abgeschafft.

**Pressemittellung Bundesbauministerium vom 14. Mai 1988:**

"Auch bei Wegfall des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes werde die gemeinnützige Wohnungswirtschaft, so Schneider, ihren sozialen Auftrag erfüllen können."

**Pressemittellung Bundesbauministerium vom 27. Mai 1988:**

"Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen hätten in ihrer mehr als 100jährigen Geschichte Großes geleistet. Diese Unternehmen würden sich auch dann, wenn das Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht aufgehoben werden sollte, weiterhin uneingeschränkt zur Gemeinnützigkeit bekennen."

Seit dem 1. Januar 1990 existiert das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz nicht mehr. Fast eine Million Wohnungen haben ihre entsprechende rechtliche Bindung verloren.

Die Nachfolgerin des zitierten Ministers, Frau Hasselfeldt, macht zur Zeit zum allgemeinen Mietrecht ähnlich mutige Äußerungen wie Oscar Schneider zur Wohnungsgemeinnützigkeit vor fünf Jahren. In diesem Falle ist allerdings nicht damit zu rechnen, daß es so lange dauert, bis die Leere der Worte sichtbar wird: Beim Koalitionsgespräch am Dienstag wurde schon wieder keine Einigung beim Mietrecht erreicht.

(-/5. September 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*